

LESERBRIEFE

Dieses Verbot ist absolut unverhältnismässig

Auf einem Teil der heute benutzten Wege auf dem Wellberg, Grosswangen, soll in Zukunft ein «Begehungsverbot» gelten, dies war im Kantonsblatt publiziert. Dieses gilt u. a. für Mountainbikes, Reiterinnen und Reiter, Hundehalter und sogar für Fussgänger. Ein solches Verbot ist absolut unverhältnismässig. Die Region wird als Naherholungsgebiet von der Allgemeinheit sehr geschätzt. Die Aussicht, die Hecken, die Natur: das alles ist einfach nur wunderbar. Es ist doch allen zu gönnen, daran teilzuhaben. Es ist unvorstellbar, wenn solche Verbote überall gelten würden und wir uns nur noch auf bezeichneten Strassen und Wanderwegen bewegen dürften. Aus diesen Gründen werden wir uns mittels Einsprache gegen das Verbot wehren.

Ja, es gibt sie: die Hündeler, welche den Dreck nicht zusammennehmen, die Reiterinnen und Reiter, welche Landschaften anrichten, die Biker ohne Anstand. Aber es ist und bleibt immer die Ausnahme. Wir sind fast täglich auf dem Wellberg unterwegs, ernsthafte Landschaften haben wir noch nie gesehen. Gerade in Zeiten von Corona sind ein Nebeneinander und gegenseitige Toleranz noch notwendiger. Wir freuen uns auf jeden Fall über Gäste, welche unsere Region als Naherholungsgebiet nutzen, wir haben das Privileg hier zu wohnen. Dafür sind wir dankbar.

Yvonne Hunkeler und Röbi Müller, Kleinaspet, Grosswangen

Sachpolitik statt Schaumschlägerei

Die Pandemie fordert alle Menschen, auch alle Parteien auf, auf ihre Weise mit den Herausforderungen, die Covid-19 mit sich bringt, verhältnismässig fertig zu werden. Die politische Kultur der Schweiz, die Suche nach tragfähigen Lösungen für alle, insbesondere auch für benachteiligte Gruppen, ist eine Stärke der Schweiz, die es zu nutzen gilt. Mit gutem Erfolg, so meine ich, hat unser Bundesrat seine nicht leichte

Führungsaufgabe zum Wohle der Gesundheit der ganzen Bevölkerung bis heute gut gemeistert. Die Forderung der politischen Rechten, die Bundesbehörde in ihrer verantwortungsvollen Arbeit zu entmachten, ist eine unverständliche Schaumschlägerei. Ich hoffe, dass die Sachpolitik im Parlament obsiegt.

Franz Wüest, Zell

Demokratie für alle

Die Demokratie ermöglicht, dass über alle Entscheide in der Schweiz breit diskutiert werden kann. Demokratie ist eine gelebte Diskussionskultur, die eine Akzeptanz von anderen Meinungen und auch von Mehrheitsmeinungen voraussetzt. Exponenten der SVP bezeichnen einzelne Magistratspersonen als Diktatoren und unser bewährtes demokratisches System als Diktatur. Interessant ist, dass die gleichen Kreise immer die Demokratie anrufen, wenn es ihnen

nützlich scheint. Entweder haben diese Kreise eine falsche Wahrnehmung oder sie verstehen Demokratie als Weltherrschaft *einer* Partei. In einer Diktatur wären die permanenten Angriffe auf die Institutionen schon längst unterbunden worden. Demokratie gilt in der Schweiz immer, in allen Lagen und für *alle*. Halten wir permanent Sorge dazu.

Rico De Bona, Parteisekretär CVP Kanton Luzern

BRIEF aus dem Kantonsrat



Anja Meier
SP, Willisau

Liebe Leserin, lieber Leser

Es ist mir eine Freude, ein halbes Jahr nach der Vereidigung im Kantonsrat zum ersten Mal diese Zeilen an Sie zu

Pandemie ist Teamkampf und kein Einzelsport

richten. Glauben Sie mir: Ich würde liebend gerne über ein anderes Thema schreiben als ein Virus, das uns allen bis vor Kurzem höchstens als Bier bekannt war. Jedoch bestimmt Corona aktuell nicht nur unser aller Privat- und Berufsleben, sondern gibt auch der kantonalen Politik den Takt vor.

Die Regierung steuert unseren Kanton nun seit einem Jahr durch die Krise.

Schwierige Entscheidungen müssen getroffen und teils widersprüchliche Interessen abgewogen werden. In vielen Punkten hat die Regierung weitsichtig reagiert und faktenbasiertes Vorgehen über kurzfristige Partikularinteressen gestellt.

Es reicht jedoch nicht, in der Krise sämtliche Entscheidungsgewalt an die Regierung zu delegieren. Nach wie vor fallen in der Pandemiebekämpfung gewisse Anliegen zwischen Stuhl und Bank. Deswegen muss der Kantonsrat weiterhin tagen und entscheiden, um diese Themen einzubringen und falls nötig korrigierend auf die Regierung einzuwirken. An der letzten Session wurde etwa im Namen aller sechs Kantonsratsfraktionen ein Vorstoss überwiesen, der beim Unterstützungspaket der Regierung für Corona-Härtefälle Korrekturen forderte. Diese Einstimmigkeit unter den Parteien kann schon fast als historisch gewertet werden.

Gleichzeitig bestätigen sich bei Corona die üblichen politischen Gräben. Am deutlichsten zeigt sich dies bei den Härtefallhilfen für von der Pandemie getroffene Unternehmen. Unter dem Diktat der Sparideologie lehnte die bürgerliche Mehrheit bis Ende 2020 sämtliche Anträge der SP und der

Grünen auf Erhöhung und Flexibilisierung der Mittel ab. Doch mit dem zweiten Lockdown und der sich drastisch verschlechternden Situation hat sich die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen verstärkt.

Erfreulicherweise fliessen seit rund einem Monat die ersten Härtefallgelder. Doch der Kanton muss zwingend nachlegen: Die zunehmende Unruhe in der Bevölkerung ist auch auf die knausrige und vielfach verspätete Entschädigung für die Schliessung wichtiger Wirtschaftsbereiche zurückzuführen.

Im März wird der Kantonsrat ein weiteres Dekret zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie diskutieren. Die SP begrüsst das neue Hilfspaket, wird sich jedoch für Korrekturen starkmachen. Aus Spargründen müssen behördlich nicht geschlossene, aber von der Pandemie stark getroffene Firmen für finanzielle Unterstützung aktuell einen Umsatzrückgang von mindestens 40% nachweisen. Andere Kantone sind hier KMU-freundlicher und grosszügiger. Nicht nur behördlich geschlossene Betriebe sollten für ihre Fixkosten entschädigt werden. Zudem ist problematisch, dass die Kurzarbeitsentschädigung weiterhin in die

Umsatzberechnung mit einfließt: Wer den Arbeitnehmenden keine Kurzarbeitsentschädigung mehr auszahlt, erzielt einen tieferen Umsatz und hat somit einen Anreiz zur Entlassung. So verfehlt die Härtefallhilfe ihr eigentliches Ziel. Es braucht also einen Kündigungsschutz für Arbeitnehmende in unterstützten Unternehmen.

Auch die Existenzsicherung von geringverdienenden in Kurzarbeit muss dringend aufs Tapet gebracht werden. Rund ein Drittel der Haushalte mit einem Einkommen unter 4000 Franken müssen gemäss ETH mit 20% weniger Lohn auskommen. Hier muss die Kurzarbeitsentschädigung auf 100 Prozent angehoben werden – ansonsten droht das Abrutschen in die Sozialhilfe.

Für die SP ist klar: Zur Finanzierung dieser Massnahmen braucht es auch eine Neuausrichtung der Finanzpolitik. Der Kanton Luzern hat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem. Seitdem 2012 die Unternehmenssteuern auf den landesweit tiefsten Wert gesenkt wurden, fliessen die Steuereinnahmen nicht wie gewünscht in die Kantonskasse. Schulden der öffentlichen Hand sind in einer globalen Jahrhundertrezession nicht schlecht, sondern schlicht notwendig. Es ist

15 Prozent mit Antikörpern

COVID Eine Untersuchung zeigt: Mehr als jeder siebte Erwachsene hat im Kanton Luzern eine Covid-Erkrankung durchgemacht. Dies sei die erste solche Messung in der Luzerner Bevölkerung, teilte die Universität Luzern mit. Die Untersuchung ist eine Teilstudie des schweizweiten Projekts «Corona Immunitas». Sie wurde vom Departement Gesundheitswissenschaften und Medizin der Universität Luzern in Zusammenarbeit mit dem Luzerner Kantonsspital durchgeführt. Das Forschungsteam testete zwischen dem 25. Januar und dem 25. Februar im Kanton Luzern 400 zufällig ausgewählte Personen ab zwanzig Jahren. 309 der 400 Testresultate führen zur repräsentativen Schätzung, dass sich im Kanton Luzern 15 Prozent der erwachsenen Bevölkerung mit dem Coronavirus infizierten und Antikörper gegen Sars-Cov-2 entwickelten, heisst es weiter. Dies sei etwa ein gleich hoher Anteil wie im Kanton Bern, wo zwischen Dezember und Februar entnommene Blutproben untersucht wurden. Im Kanton Genf zeigten Messungen im vergangenen November und Dezember, dass 22 Prozent Antikörper entwickelten. sda

Cédric Wermuth als Gastredner

SP Die Delegierten der SP Kanton Luzern trafen sich am vergangenen Samstag in digitaler Form zum Parteitag. Durchschnittlich 150 Delegierte nahmen teil. Der Co-Präsident der SP Schweiz und Aargauer Nationalrat Cédric Wermuth war Hauptgast. Er beantwortete die Fragen der Delegierten betreffend Corona-Pandemie und zur Zukunft der Partei. Weiter verabschiedeten die Delegierten ein Papier mit dem Titel «Abläufe und Bestimmungen zu den Wahlen 2023». In diesem wurde festgelegt, wie die zeitliche Planung und die Nominationsprozesse für die kantonalen und nationalen Wahlen 2023 ablaufen. David Roth (Luzern) wurde als Präsident sowie Priska Lorenz (Luzern) und Sara Muff (Sursee) als Vizepräsidentinnen bestätigt. Neu nehmen Yanick Gauch (Luzern) und Mario Gsell (Mauensee) in die Geschäftsleitung Einsitz. Es wurden stille Wahlen durchgeführt. pd/WB

ökonomischer Konsens, dass der Staat gerade in Krisenzeiten antizyklisch Geld investieren soll. Doch während weltweit staatliche Konjunkturpakete zur Wirtschaftsankurbung geschnürt werden, verharrt die Schweiz, die sich zusätzliche Ausgaben erst recht leisten könnte, auf der Schuldenbremse. Dabei würden wir beim Schuldenmachen sogar Geld verdienen – Negativzinsen sei Dank.

Die dringendste und wichtigste Aufgabe des Kantons Luzern ist die Bewahrung der wirtschaftlichen Strukturen. Die meisten Unternehmen sind nicht in die Krise geraten, weil sie schlecht gewirtschaftet haben, sondern weil sie den Betrieb wegen Behördenanordnungen nicht offenhalten können. Mit den finanzpolitischen Rezepten der Vergangenheit – Schuldenbremse und Tiefsteuerstrategie – gelingt dieser Strukturhalt sowie die Gestaltung der Zukunft nicht.

Corona verstärkt die gesellschaftlichen Ungleichheiten dramatisch und hält uns die Wichtigkeit der Solidarität vor Augen. Eine Pandemie ist kein Einzelsport, sondern gelingt nur als Team. Der Luzerner Kantonsrat ist mitverantwortlich, die ganze Bevölkerung heil über die Ziellinie zu bringen.